

Differenzen zwischen den Entwürfen von Senat und Repräsentantenhaus sollten im Eilverfahren beseitigt werden. Doch das Office of Management and Budget (OMB) des Weißen Hauses ist strikt dagegen, über einen so langen Zeitraum Mittelserhöhungen fest zuzusagen. Außerdem hält man im Weißen Haus die Forderung nach einer Verdoppelung der NSF-Mittel für willkürlich und unbegründet. Darauf hatte schon der Wissenschaftsberater des Präsidenten, John Marbur-

ger, warnend hingewiesen. Die Bedenken des OMB haben nun den republikanischen Senator Jon Kyl veranlasst, durch einen Einspruch das ganze Verfahren aufzuhalten. Sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus war die Verärgerung darüber groß. Im nächsten Anlauf nach den Wahlen hofft man, doch noch zu einer Einigung zu kommen. An der ablehnenden Haltung des Weißen Hauses wird das jedoch wohl wenig ändern.

RAINER SCHARF

## GROSSBRITANNIEN

### Professorengeloh nach Studentengunst?

Im Rahmen ihrer Vision eines „freien Bildungsmarkts“ erwägen britische Minister, die Bezahlung der Universitätslehrer nach ihrer Leistung zu staffeln. Diese soll auch von Studenten bewertet werden. Undergraduates, d. h. Studierende in den ersten 3 bis 4 Jahren ihres Studiums, müssten dazu jährlich Fragebögen über die Qualität ihrer Vorlesungen ausfüllen. Diese Einschätzung würde dann – zumindest teilweise – das Gehalt der Professoren bestimmen. Die Bildungsministerin Margaret Hodge hofft damit, durch finanzielle Anreize den Standard der Lehre steigern zu können.

Die „Association of University Teachers“ (AUT) zweifelt allerdings daran, ob sich dies durch eine leistungsorientierte Bezahlung erreichen lässt. Vielmehr befürchtet man, dass der Druck, populäre Vorlesungen zu halten, unweigerlich die Bereitschaft herabsetzt, wichtige aber weniger unterhaltsame Themen in den Vorlesungen zu behandeln. Auch gibt es Zweifel, ob sich die individuelle Gehaltsstruktur überhaupt ohne Probleme und viel Mehraufwand verwalten lässt.

### Spin-Off-Unternehmen aus schottischen Unis

Viele Konzepte, die im Elfenbeinturm der Universitäten entstehen, erreichen nie die Öffentlichkeit – geschweige denn werden sie zu vermarktbareren Produkten. Die Regierung Schottlands hat sich zur Aufgabe gesetzt, dies zu ändern und die Entwicklung kommerzieller Unternehmen aus Universitätsprojekten gezielt zu fördern. Dazu soll ne-

ben dem „Enterprise Fellowship Programme“, das einzelnen Akademikern hilft, ihre Forschungsideen bis zur Marktreife zu entwickeln, besonders der „Proof of Concept Fund“ beitragen<sup>1)</sup>, der wegen seines Erfolges mittlerweile auf das Interesse des britischen Finanzministeriums gestoßen ist. Erst Informationen wurden bei einem Treffen mit der schottischen Regierung und der Universität Glasgow – der erfolgreichsten Uni im Gewinn von „Proof of Concept“-Mitteln – ausgetauscht. Dieser wurde 1999 ins Leben gerufen, und hat sich seither als so erfolgreich erwiesen, dass die vorgesehenen Geldmittel von 11 auf 33 Millionen Pfund über den Zeitraum von 6 Jahren erhöht wurden.

Derzeit werden 83 vielversprechende Projekte mit jeweils bis zu 250 000 Pfund unterstützt, um den Zeitraum zwischen reiner Forschungstätigkeit bis zum Aufbau neuer Unternehmen oder Technologielizenzen zu überbrücken. Genau dieser Schritt ist weder durch Universitätsgeldmittel noch durch kommerzielle Unterstützung abgedeckt. Bislang scheint sich das Konzept bewährt zu haben, zumindest sind in Schottland wesentlich mehr innovative Unternehmen<sup>2)</sup> aus Universitäten hervorgegangen als in England und Wales, wo keine vergleichbaren Geldmittel bereitstehen.

SONJA FRANKE-ARNOLD

1) Dieser wird finanziert durch „Scottish Enterprise“. Mehr Informationen unter <http://access.scottish-enterprise.com/businessstart/academics/poc/>

2) Das erste Unternehmen, das aus einem Proof of Concept Projekt hervorging, Essient Photonics, wurde diesen Februar gegründet: <http://www.essient.com/>